

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausdräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Die Belegpreisliste für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Nationalpreisliste 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, 1. Jahrgang, amtliche Seite 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1040

Nr. 280

Donnerstag, den 2. Dezember 1926

21. Jahrgang

Ergebnislose Wahl des Ministerpräsidenten.

44 Stimmen für Fleißner. — Wiederholung am 7. Dezember.

Dresden, 30. November. Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung die Wahl des Ministerpräsidenten. Von den Sozialdemokraten wurde als Kandidat der Abgeordnete Fleißner vorgeschlagen. Weitere Vorschläge erfolgten nicht. Fleißner erhielt 44 Stimmen, die übrigen waren zerstreut. Die Wahl ist also ergebnislos geblieben. Ein zweiter Wahlgang findet in der nächsten Sitzung am 7. Dezember statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Dr. Wilhelm für die Wirtschaftspartei die Erklärung ab, daß sie die in der ersten Sitzung vorgenommene Wahl der beiden Schriftführer für nicht rechtmäßig halte und den Wahlgang für nicht abgeschlossen betrachte. Bekanntlich hatte der Abg. Großmann, den die Wirtschaftspartei für ein Schriftführeramt vorgeschlagen hatte, in der ersten Sitzung nicht die notwendige Zahl Stimmen erhalten, die die Geschäftsordnung des Landtags vorsehe. Das Haus nahm von der Erklärung Kenntnis. Es verbleibt also bei der in der ersten Sitzung vorgenommenen Wahl der Schriftführer.

Hierauf erklärte der Abg. Kunath (Wirtschaftspartei), daß er in der ersten Sitzung seinen Stimmzettel mit der Unterschrift „Dr. Kunath“ abgegeben habe. Es ist festgestellt worden, daß der Abg. Lieberasch beim Verlesen der Stimmzettel sich geirrt hat. Abg. Lieberasch gibt das zu und teilt mit, daß der in Frage kommende Stimmzettel die Unterschrift des Abg. von Fumetti (Aufwertungspartei) führe.

Die hierauf vorgenommene

Wahl der ordentlichen Ausschüsse

hatte das Ergebnis, daß für den Prüfungsausschuß 15, für den Haushaltsauschuß 11, für den Haushaltsauschuß B 19 und für den Rechtsauschuß 21 Abgeordnete einstimmig gewählt wurden. In einer Pause der Verhandlungen konstituierten sich die einzelnen Ausschüsse. Das Ergebnis ist das folgende: Im Rechtsauschuß für den ersten Vorsitz Abg. Renner (Komm.), den zweiten Vorsitz Abg. Dr. Gerle (Dnt.); Haushaltsauschuß A: 1. Vors. Abg. Wedel (Soz.), 2. Vors. Abg. Weber (Wirtschaftsp.); Haushaltsauschuß B: 1. Vors. Abg. Berg (Dnt.), 2. Vors. Abg. Graupe (Soz.); Prüfungsausschuß: 1. Vors. Abg. Schmidt (D. Bp.), 2. Vors. Abg. Siegel (Dnt.).

Nach Bekanntgabe der gewählten Vorstände der einzelnen Ausschüsse stellte der völkische Abgeordnete von Mücke eine Anzahl Anträge. Zunächst beantragte er, die weiteren Punkte der Tagesordnung abzusehen, bis der Abg. Ewert entschärft sei. Unter seinen weiteren Anträgen war u. a. auch der: „die provisorische Regierung hat nicht das Vertrauen des Landtages“. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt, ebenso unterbleibt es, die Anträge auf die Tagesordnung der dritten Sitzung zu setzen, da sich dagegen Widerspruch erhoben hatte.

Abg. Böttcher begründet in langen Ausführungen seinen Antrag, die Entlassung Ewerts betr. In der Aussprache ergriffen der Justizminister Bänder und die Abgeordneten Edel (Soz.) und Dr. Wagner (Dnt.) das Wort. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages auf sofortige Schlußberatung und Verweisung an den Rechtsauschuß.

Wahl des Ministerpräsidenten.

Namens der Sozialdemokraten gab Abg. Edel die Erklärung ab, die mit dem Vorschlag des früheren Kultusministers Hermann Fleißner als Ministerpräsidenten endete. Für die Kommunisten erklärte Siewert, heute für Fleißner zu stimmen. Die formulierte Erklärung erging sich in den üblichen Kampfgedanken.

Das Ergebnis der Wahl war: Fleißner 44 Stimmen, Hofmann (Dnt.) 14, Blüher (D. Bp.) 12, Kaiser (Wirtschaftsp.) 10, Seiffert (Dem.) 4, Heldt (der jetzige Ministerpräsident) 4, v. Fumetti (Aufwertungsp.) 4, Birch (WSP.) 1, v. Mücke (WBl.) 1, Fittmann (WBl.) 1.

Da die Wahl nur Gehehskraft hat, wenn der Gewählte 49 Stimmen erhält, so mußte der Landtagspräsident feststellen, daß die vorgenommene Wahl ergebnislos verlaufen ist.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 7. Dezember, 1 Uhr nachmittags statt. Tagesordnung: Die Wahl des Ministerpräsidenten und zweite Beratung über den Antrag Böttcher, die Entlassung des Abg. Ewert betr. Die Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten, die nächste Sitzung bereits am Donnerstag, den 2. Dezember, stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Für die Ablehnung stimmte die gesamte Rechte, die Demokraten, die Aufwertungspartei und die Altsozialdemokraten.

Der Streit um Rumäniens Thronfolge.

Machtgelüste der Königin.

Belgrad, 30. November. Die jüngsten Meldungen zufolge scheint der rumänische Ministerpräsident Averescu mit der Reise des Kriegsministers Mitricescu ins Ausland, die Anfang Dezember erfolgen soll und angeblich dem Anlauf von Kriegsmaterial in Frankreich dienen soll, eine andere Absicht zu verfolgen. Er soll nämlich beabsichtigen, für den Fall einer Rückkehr des Kronprinzen Carol, gewappnet zu sein. Für Carol scheinen die jüngeren Offiziere und Fachleute zu sein, auch, wie gemeldet, die geistigsten Siebenbürger Nationalisten und radikalen Bauern. Die beiden letzteren deshalb, weil sie hoffen, daß nur durch die Rückkehr Carols die heutige halbautoritäre Innenpolitik eine Veränderung erfahren könnte. Während gemeldet wird, daß Bratlanu und Averescu dahin arbeiten, die Königin Maria zur Regentin auszurufen, sollen Teile der weniger exponierten Politiker versuchen, den minderjährigen Sohn des Prinzen Carol, Mihail, unter der Regenschaft Carols auf den Thron zu setzen. Jedenfalls besteht zwischen der Königin Maria und ihrem Sohn Carol eine schwere Differenz in der Frage der Thronfolge, wohl deshalb, weil die Königin vermutet, Carol werde mit der leiblichen übertragenden politischen Tätigkeit seiner Mutter auskommen und sie kaltsstellen, als Königin-Mutter. Wenn keine Komplikationen eintreten, hält man hier für den Fall des Todes des Königs Ferdinand die Bildung einer Regenschaft für wahrscheinlich, in der die Königin Maria und Prinz Nikolaus, der Bruder Carols, die Hauptrollen spielen. Aber nach dem Verbot der Sonntagsversammlung der Bauernpartei scheint sich die Sache zu komplizieren und eine Verständigung aller politischen Parteien hinfällig geworden zu sein. Tatsächlich endete die gestrige Unterredung des Führers der Nationalisten und Bauern Maniu mit dem Ministerpräsidenten Averescu erfolglos. Inzwischen bezeichnet der Belgrader rumänische Gesandte Emandi hiesigen Journalisten gegenüber den Zustand des Königs als gebessert.

Paris, 30. November. (WBl.) Die „Serengaria“, an deren Bord sich Königin Maria von Rumänien befindet, teilte durch Funkpruch mit, daß die Ueberfahrt durch die schweren Stürme auf dem Atlantik verzögert werde. Die Ankunft werde keinesfalls vor Mittwoch mittag erfolgen, so daß die Königin erst am Mittwochabend in Paris ankommen wird.

Zur Frage einer Vierländerkonferenz.

Paris, 30. November. Die Agence Havas meldet aus London, man glaube dort nicht an die Eventualität einer besonderen Zusammenkunft der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens. Sollte sich aber herausstellen, daß Stresemann, Briand und Mussolini für eine derartige Zusammenkunft seien, so würde sich Chamberlain dieser Auffassung anschließen.

Der Verfasser des internationalen Wirtschaftsmanifestes.

London, 1. Dezember. Gestern Abend teilte Sir Charles Malet bei einem Essen mit, daß er der Verfasser des internationalen Wirtschaftsmanifestes gewesen sei.

Tschtscherin in Berlin.

Berlin, 30. November. Heute Abend traf der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschtscherin, auf dem Stettiner Bahnhof ein. Zum Empfang hatten sich Ministerialdirektor Dr. Wallroth, Geheimrat von Dirksen, der Chef des Protokolls, Generalmajor Köster, sowie das gesamte Personal der russischen Botschaft eingefunden.

Ueberfremdung und Zollpolitik.

Für absehbare Zeit ist es mehr als unwahr heinlich, daß die deutsche Wirtschaft die Voraussetzung für eine Zoll- und Handelspolitik schaffen kann, die es möglich macht, mit den Vertragsgegnern wenigstens annähernd auf gleicher wirtschaftlicher und sozialer Grundlage zu verhandeln. Was hat beispielsweise die Zollerrhöhung für Kraftfahrzeuge, die 1920 erfolgte, genutzt? Trotzdem die Zollsätze auf das Mehrfache der bisherigen erhöht wurden, trotzdem sie auch nach der Währungsbesetzung weiter bestanden, konnte die Auslandsindustrie den deutschen Markt im wachsenden Maße beliefern. Im Handelsvertrag mit Italien sind die erhöhten Zollsätze teilweise abgebaut, aber immerhin noch so hoch angelegt worden, daß der deutschen Autoindustrie eine gewisse Schonzeit gewährt wird, — was beispielsweise den Amerikaner Ford nicht abgehalten hat, in Deutschland eine Fabrik zu errichten, die auf dem deutschen Markt ihre Erzeugnisse weiter zu äußerst niedrigen Preisen anbietet.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei der ehemals rein deutschen Margarineindustrie. Sie hat ihre Auslandsmärkte nahezu verloren, sie hat mit dem Wettbewerb holländischer und dänischer Fabriken während der Inflationsjahre trotz oder gerade wegen der Einfuhrbewilligungen kämpfen müssen. Nach der Währungsbesetzung ging ein Teil der Industrie überhaupt zu Bruch, allerdings nur solche Fabriken, die in den Inflationsjahren gegründet worden waren. Auf der anderen Seite mußte die kapitalträchtige ausländische Industrie die Gelegenheit aus, um fast 70 Prozent der gesamten deutschen Margarineindustrie an sich zu reißen. Das hätte sie unter Ausnutzung zoll- und handelspolitischer Bestimmungen nicht fertig gebracht. Wir haben eine immerhin leistungsfähige Deilmühlenindustrie im Inland, die für die Herstellung pflanzlicher Öle und Fette ausländische Rohstoffe braucht, die zollfrei hereinkommen. Die pflanzlichen Öle und Fette sind wie Schweineschmalz und Oleomargarin, die Vorprodukte der Margarine. Und die Vorprodukte sind durchweg mehr oder weniger mit Zöllen belastet. Um die ein Zoll zu überspringen, haben die schwerreichen ausländischen Margarinekonzerne einen großen Teil der deutschen Deilmühlen an sich gebracht. Diese stellen die Rohprodukte, — pflanzlichen Öle und Fette — im Inland so hochpreisig her, daß der Zoll auf tierische Fette leicht getragen werden kann. Jedenfalls sind die ausländischen Konzerne in der Lage, die Produkte ihrer Inlandsfabriken so wohlfeil anbieten zu lassen, daß die freie Margarineindustrie nahezu konkurrenzunfähig geworden ist. Ob es wünschenswert ist, eine so große Industrie wie die Margarineindustrie für die völlige Ueberfremdung reif zu machen ist sicher keine Frage. Umso weniger, als die Gefahr besteht, daß nach der Vernichtung der noch freien Industrie die Auslandskonzerne die Preise hinauffressen werden, wie sie das auch in Dänemark und Holland getan haben. Tatsächlich liegen heute die Preise in Dänemark höher als in Deutschland. Weiter ist zu beachten, daß die übrige lebende freie deutsche Industrie seit Jahren bodenständig ist. Sie findet sich hauptsächlich in ländlichen Gegenden, wo sie Großabnehmer der Milch ist, während die großen Konzernfabriken an der Grenze liegen. Die freie Margarineindustrie kämpft nun darum, daß mindestens der Zoll auf Schweineschmalz und Oleomargarin bei im Handelsvertrag mit Schweden bis zum 31. Dezember gebunden ist, nicht erhöht wird. Dieser Zollsatz beträgt zur Zeit 8 Mark. Es ist kennzeichnend, daß die großen, kapitalträchtigen Margarinekonzerne keinerlei Interesse für den Zoll bezeugen. Ihr Zwischengewinn bei der Deilmühlerei ist so groß, daß sie unter anderem daraus auch die Kosten für ihre gewaltige Reklame bezahlen können. Die freie Industrie kann sich keine Reklame in diesem Stil leisten, sondern muß versuchen, ihr Absatzgebiet durch Qualitätsware zu sichern. Jedenfalls ist es eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, daß die Zoll- und Handelspolitik eines Landes unter Umständen zur Ueberfremdung einer großen Industrie ausgenutzt wird. Und in der deutschen Industrie werden jährlich mindestens 2 Milliarden Mark umgeleitet.

Kompromißverhandlungen über das Gesetz zum Schutze gegen Schmutz und Schund.

Die Fassung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund war gestern Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, die nach mehreren Blättern vielversprechend liefen, daß das Zentrum die Anträge der Deutschen Volkspartei, drei Reichspräsidenten im Benehmen mit den Ländern einzurichten, unterstützen werde. Die Deutsche Volkspartei würde, falls ihr Antrag zu § 2 (Einrichtung von drei Reichspräsidenten) nicht durchgeht, wahrscheinlich für den demokratischen Antrag auf Schaffung einer Reichsstelle stimmen.

Olympia- und Wiking-Debatte im preussischen Landtag.

Im Preussischen Landtag wird, wie die Vossische Zeitung hört, demnächst eine besondere Besprechung der vom Minister des Innern herausgegebenen Denkschrift über die verbotenen Wehrverbände Olympia und Wiking stattfinden.

Hugenberg contra Mahraun.

Enthüllungen auf beiden Seiten. — Das Kreditgesuch des Jungdeutschen Ordens und Hugenbergs Ostpolitik.

Der Telegraphen-Union geht eine Erklärung des Geheimrats Hugenberg zu, in der sich dieser wiederholt gegen die vom Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Arthur Mahraun erhobenen Vorwürfe verwehrt und im Zusammenhang damit auch das in der „Bohischen Zeitung“ veröffentlichte Interview (das von Mahraun inzwischen dementiert worden ist) als törichte Redensarten zurückweist. Er gibt dann einen Brief Mahrauns vom 29. Juni 1925 bekannt, in dem Mahraun von einer von Hugenberg beeinflussten Bank einen Kredit in Höhe von 25. bis 30 000 Mark für den Jungdeutschen Verlag zum Ausbau des Pressewesens im Dienste des Jungdeutschen Ordens erbittet und in dem Mahraun ferner zum Ausdruck bringt, daß die Unternehmungen des Jungdeutschen Ordens in jeder Weise des Vertrauens der in Frage kommenden Bank würdig seien. Die große Ausdehnung des Jungdeutschen Ordens garantiere den Unternehmungen einen großen und bleibenden Kundent.

Mohrauns Antwort.

„Der Jungdeutsche“ setzt sich in einem Artikel, der die Ueberschrift trägt „Eine unglaubliche Infamie Hugenbergs“, kräftig zur Wehr und schreibt u. a.:

„Die Veröffentlichung dieses Schreibens wirft ein eigenartiges Licht auf die Zustände der Unternehmungen bei denen der Politiker Hugenberg beteiligt ist. Anheimelnd betrachtet: er jeden Kreditnehmer eines solchen Instituts als einen ihm persönlich, auch persönlich, verpflichteten Schuldner. Die Veröffentlichung des an die Oberbank zu Hildesheim des Herrn Direktors v. Schneidbrügge, gerichteten Schreibens, durch das Aufsichtsratsmitglied dieser Bank, Herr Dr. Hugenberg, stellt nicht nur ein Novum im Geschäftsleben sondern auch einen großen Vertrauensbruch dar. Unglaublich ist es aber, daß Herr Hugenberg den Eindruck zu erwecken sucht, als wäre die Kritik des Ordens an seiner Politik die Ablehnung dieses Erlusens durch die Bank. Herr Hugenberg, ich stelle dir mit vor aller Öffentlichkeit fest, daß dieses Kreditgesuch garnicht abgelehnt worden ist, daß ich persönlich dem Herrn Direktor Detens mitgeteilt habe, daß Herr Mahraun auf die Gewährung des Kredits verzichte, da ihm aus dem Orden heraus die notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt worden seien. Herr Hugenberg, ich bezeichne es als Schmutz, wenn die Presse schreibt: „Wenn man sich veranlaßt sieht, daß Herr Mahraun ungenügend um die Mitte des vorigen Jahres so bald nach der Zeit um die er den vorstehenden Brief geschrieben hat, in sehr auffälliger Weise nach links umschwenkte, so wird man nicht umhin können sich über die Gründe dieses Stimmungswechsels für eigenartige Gedanken an machen.“ Wollen Sie damit etwa sagen, Herr Mahraun habe Geld von links bekommen? Nichts illustriert Ihre Kampfesweise besser, wie dieser Vertrauensbruch und diese Verdächtigung.“

Auch K. H. Berg mischt sich ein.

Der Industrielle Arnold K. H. Berg erwidert die Hoff. Sta. um Wiedererhebung der folgenden Zuschrift:

Der Geheimrat Hugenberg wendet sich in einer öffentlichen Erklärung gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun. Er schreibt in dieser seinen Ausführungen:

„Beding ich die von meinem Freunde K. H. Berg ausgesprochen und in dem „Anadolu“ des Herrn Arthur Mahraun weiterverbreiteten Behauptungen über meine angebliche Zusammenarbeit mit dem Obersten Nicolai — der während des Krieges anscheinend die Inhaftierung des Herrn K. H. Berg wegen Verdachtes des Landesverrats veranlaßt hat — und über die phantastischen und unsinnigen Pläne einer politischen Zusammenarbeit mit der Sowjetrepublik (1), die ich angeblich mit Herrn Nicolai gemeinsam verfolgte (2), habe ich vor mehr als einem halben Jahre ganz ausdrücklich als unwahre Behauptungen öffentlich gekennzeichnet.“

Demgegenüber darf ich zunächst feststellen: Ich habe im Jahre 1915 in Uebereinkunft mit dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling und mit dem Staatssekretär v. Jagow versucht, Fühlung mit mir aus der Zeit vor dem Weltkriege bekannten französischen Staatsmännern zwecks Friedensanbahnung zu gewinnen. Der deutsche Kronprinz war über diese Aktion informiert. Gerade als ein Erfolg möglich schien, wurde ich auf Veranlassung der Abteilung 35 der Obersten Heeresleitung, deren Chef der damalige Major, spätere Oberst Nicolai war, unter größten Vorwänden — aber nicht unter dem des Landesverrats — verhaftet. Nach Einstellung des Verfahrens bin ich weiter bis zur Auflösung des alten Heeres Offizier geblieben und wurde erst dann mit der Berechtigung, die Uniform zu tragen, verabschiedet. Auch rein militärisch ist meine Aktion aus dem Jahre 1915 durch ein Schreiben des Kronprinzen an mich vom 16. August 1919, das im gleichen Jahre in der deutschen Presse veröffentlicht worden ist, völlig gedeckt. Der Kronprinz war zu Beginn des Weltkrieges als Oberbefehlshaber der 5. Armee, der ich angehörte, mein nächst dem Kaiser höchster direkter militärischer Vorgesetzter.

Wenn der Geheimrat Hugenberg bestritten hat, daß zwischen ihm und dem Obersten Nicolai Verbindung bestände, so ist das nicht vereinbar mit Mitteilungen, die mir gemacht worden sind, insbesondere von einem Herrn, der langjähriger Mitarbeiter einer der ernsthaftesten rechtsstehenden deutschen Zeitungen des Rheinlandes ist.

Sollte aber der Oberst Nicolai seinerseits — vielleicht auch dem Geheimrat Hugenberg gegenüber — seine Pläne eines Zusammengehens mit dem Bolschewismus bestreiten, so verweise ich auf das in „Jungdeutschen“

vom 5. Juni dieses Jahres veröffentlichte Zeugnis eines Ordensbruders, in dem es heißt:

Jungdeutscher Orden.
Bruderschaft Erfurt.

Erfurt, den 27. Februar 1926.
Sehr verehrter Bruder Hochmeister!

Den Transport der in der Schweiz arbeitenden russischen Bolschewisten durch ganz Deutschland 1917 über die Ostfront nach Rußland im geschlossenen Eisenbahnwagen erzählte er (Oberst Nicolai) als sein Werk, mit viel Begehren. Auch betonte er seine Neigung zur Ostpolitik, sprach von dem großen russischen Heer und der kommenden kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich, die allerdings bei den Geschwindigkeiten, mit denen man jetzt Heere nach

vorne werfen könne, in unserer Gegend (Elszina) auszuweichen sei. Er wolle das Land besonders mit einem Reg von Vertrauensleuten überleben, die eine Art Mobilisierungsvorbereitung leisten sollten, die sich gegen die französische Etappe auswirken hätten. Starke Hoffnungen knüpfte er an geheime Erfindungen, mit denen wir unsere Gegner vollkommen überraschen könnten.

Treudeutsch allemal

Im übrigen irrt der Geheimrat Hugenberg, wenn er glaubt, daß ich den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens irgendeine politische Beeinflussung hätte. Ich halte Arthur Mahraun für einen Mann, der selbst ganz genau weiß, was er will.

Endlich bin ich der Ansicht, daß ein Mann, wie der Geheimrat Hugenberg, dessen auf völliger Verneinung der gegebenen Machtfaktoren in die Luft gebläute Annektionspolitik dem deutschen Volke während des Weltkrieges schweres Unheil gebracht hat, besser über nationale Interessen schweige.

Ich darf Sie bitten, diese meine Zuschrift veröffentlicht zu wollen.
Arnold K. H. Berg.

Die auswärtige Politik der britischen Dominions.

Zur Beendigung der britischen Reichskonferenz.

Von Dr. Hans Wehberg.

Seit langer Zeit genießen die britischen Dominions sowie Indien nicht nur im Rahmen des britischen Weltreiches, sondern auch nach außen hin eine eigenartige Vorgesellschaft, die sich namentlich infolge der Ereignisse des Weltkrieges immer mehr verstärkt hat. Die Stellung der Dominions sowie Indiens vor dem Weltkriege kann dahin umschrieben werden, daß diese Gemeinwesen von jeder Betätigung auf dem Gebiete der hohen Politik ausgeschlossen waren, wenn ihnen auch, besonders Kanada, in handels- und verkehrspolitischer Beziehung mancherlei Sonderrechte eingeräumt waren. Auf großen internationalen Tagungen, wie den Haager Friedenskonferenzen, gab es nur eine einheitliche Vertretung des Britischen Reiches durch Großbritannien. Von einer völkerrechtlichen Selbständigkeit der Dominions war keine Rede.

Die bedeutsame Hilfe, die von Seiten der Dominions und Indiens im Weltkriege dem Mutterlande geleistet wurde, hatte eine große Stärkung ihrer Stellung zur Folge. Auf dem Versailler Friedenskongreß von 1919 tauchten plötzlich neben den Vertretern Großbritanniens gleichzeitig Bevollmächtigte Kanadas, Australiens, Südafrikas, Neuseelands sowie Indiens auf. Man braucht nur an den südafrikanischen Minister Smuts zu denken, um eine Vorstellung davon zu haben, daß diese Gemeinwesen in Versailles nicht nur eine dekorative Rolle spielten, sondern aktiv an den Verhandlungen teilnahmen. Haben es doch vor allem gerade die britischen Dominions verstanden, sich ihren Anteil an der Beute des Weltkrieges zu sichern, indem sie unter dem Deckmantel des Mandats auf einen Teil der deutschen Kolonien Verzicht legten. Vater hat in seinen Wilson-Memoiren erschütternd dargelegt, wie jedes Dominion mit einem anderen egoistischen Grunde seinen Anspruch auf eine deutsche Kolonie zu rechtfertigen suchte und daß es der äußersten Anstrengung Willens bedurfte, um zu erreichen, daß die deutschen Schutzgebiete fortan im Auftrage des Völkerbundes verwaltet würden.

Besonders wichtig für die Entwicklung der Dominions und Indiens war dann, daß ihnen im Völkerbundsstatut die Stellung als selbständige Mitglieder des Völkerbundes eingeräumt wurde. So ist es gekommen, daß heute die Dominions eigene Vertreter nach Genf entsenden, die sogar ihren Sitz nach der alphabetischen Reihenfolge und nicht neben dem Bevollmächtigten des Mutterlandes einnehmen. 1921 wurde das neue Dominion Irland geschaffen und zwei Jahre später in den Völkerbund aufgenommen. Seitdem verfügt das britische Weltreich im Völkerbunde über nicht weniger als sieben Stimmen. Unzweifelhaft haben die Dominions und Britisch-Indien im Völkerbunde die gleiche Stellung wie jeder andere souveräne Staat.

Daraus darf aber nun nicht der weitere Schluß gezogen werden, als seien die Dominions sowie Britisch-Indien in jeder Hinsicht, auch außerhalb des Rahmens des Völkerbundes, den anderen Staaten gegenüber gleichberechtigt. Grundsätzlich soll die diplomatische Vertretung der Dominions nach wie vor durch den britischen Vorkonferenzen erfolgen, wenn auch Irland und Kanada bereits eine eigene Gesandtschaft in Washington besitzen. Was die Vertretung auf internationalen Konferenzen betrifft, so werden die einzelnen Dominions nur bei denjenigen Tagungen ohne weiteres durch eigene Delegationen vertreten, die vom Völkerbunde veranstaltet werden. Im übrigen aber soll die Frage der Vertretung von Fall zu Fall geregelt werden. Der Bericht der Reichskonferenz stellt drei Möglichkeiten vor: 1. eine gemeinsame Delegation des Mutterlandes sowie der Dominions, 2. eine britische Reichsdelegation, die aus Vertretern der einzelnen Reichsteile besteht, und 3. besondere Delegationen der Dominions und des Mutterlandes.

Das Recht auf Krieg und Frieden soll keineswegs jedes Dominion selbständig ausüben. Der Eintritt eines Dominions in einen Krieg soll nicht ohne Einverständnis mit dem Mutterlande erfolgen, wenn auch die formale Kriegserklärung vom Mutterlande wie den Dominions selbständig geschahen darf. Die Dominions sind nicht gebunden, sich an den Kriegen des Mutterlandes zu beteiligen. Wir wissen ja, daß bereits das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 an dem Widerstande der britischen Dominions scheiterte, die nicht ohne weiteres in europäische Hände verfrachtet werden wollten. Die Dominions sind ja auch dem Locarno-Vertrag nicht beigetreten. Sie haben auf der Reichskonferenz zwar mit Bestreitung von dem Locarno-Abkommen Kenntnis genommen. Aber nichts verleiht, daß sie bereit sind, dieselben Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die das Mutterland in Locarno auf sich genommen hat.

Was das Recht der Vertragsabschließung anlangt, so sollen Verträge der Dominions grundsätzlich nur nach Verständigung mit den anderen Teilen des Weltreiches, die nicht an ihnen interessiert sind, geschlossen werden, und

zwar von dem englischen König als dem Herrscher des betreffenden Dominions. Eine besondere Selbständigkeit genießen die Dominions in dieser Hinsicht wiederum als Mitglieder des Völkerbundes. Rechtlich steht nichts im Wege, daß sie unabhängig voneinander einen unter Leitung des Völkerbundes zustande gekommenen Vertrag annehmen oder ablehnen. Aber die Reichskonferenz hat es auch hier für richtig gehalten, daß in jedem einzelnen Falle eine vorherige Fühlungnahme erfolgt.

In diesem Zusammenhang hat man auch die Frage der Unterzeichnung des Spezialprotokolls betr. die Anerkennung des Weltgerichtshofes als pflichtmäßiger Instanz für alle internationalen Rechtsfragen erörtert und beschlossen, in der bisher ablehnenden Haltung zu verharren. Bekanntlich ist Großbritanniens Stellungnahme zu dem Problem der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit in neuester Zeit sehr wenig fortschrittlich. Während sich sogar Italien und Spanien der neueren Schiedsgerichtsabemegung angeschlossen haben, ist Großbritannien bisher nicht bereit gewesen, mit Deutschland, der Schweiz, Holland usw. einen Schiedsvertrag abzuschließen, eine Haltung, die gerade in britischen Völkerbundkreisen stark kritisiert wird. Abgesehen von der Schiedsgerichtsbarkeit stehen jedoch die Dominions der Idee des Weltfriedens, insbesondere dem Völkerbunde und der Rüstungsbeschränkung höchst sympathisch gegenüber.

Die neueste Reichskonferenz des britischen Weltreiches hat somit die Stellung der Dominions in außenpolitischer Hinsicht eher verstärkt als geschwächt. Für den politischen Zusammenhang der Dominions mit dem Mutterlande bedeutet das keineswegs eine unmittelbare Gefahr. Denn die gleichzeitige Anerkennung aller Dominions als autonomer und gleichberechtigter Teile des Britischen Reiches, die Tatsache, daß fortan die Dominions mit London von Kabinett zu Kabinett verkehren, und nicht mehr durch Vermittlung des Generalgouverneurs, hat den Ansprüchen der Dominions in der Hauptsache Rechnung getragen, ihr Selbstbewußtsein befriedigt und dadurch letzten Endes ihren Zusammenhalt mit dem Mutterlande noch enger gestaltet. Mehr als bisher sollen die Dominions fortan als verantwortliche Mitträger der Idee des britischen Weltreiches und des britischen Reichsgedankens dienen. Tendenzen auf völlige Trennung vom Mutterlande werden daher wahrscheinlich in den britischen Dominions in Zukunft noch weniger hervortreten als bisher.

Englische Aktenstücke zum Weltkrieg.

London, 30. November. Morgen wird der erste Band der britischen amtlichen Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges veröffentlicht. Die Dokumente umfassen den Zeitraum vom 28. Juni 1914 nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo bis zur britischen Kriegserklärung an Deutschland am 4. August 1914.

Die Frage der deutschen Abrüstung.

London, 1. Dezember. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, er erfahre, daß die britische Regierung nach wie vor es entschieden ablehne, die Errichtung irgendwelcher ständiger Kontrollorgane in der demilitarisierten Rheinlandszone oder das Verlangen in Ermüdung zu stellen, daß es dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission des Völkerbundes und seinen Kollegen freistehen soll, andere Untersuchungen vorzunehmen, als solche, zu denen sie auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses ausdrücklich beauftragt worden sind.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in den englischen Kohlengruben.

London, 30. November. Die Zahl der Bergarbeiter, die heute in England die Arbeit wieder aufgenommen haben, übersteigt beträchtlich die Zahl einer halben Million. Die letzte Zunahme beträgt über 60 000.

Vandervelde auf deutschen Vorschlag Ratvorsitzender?

Der „Vorwärts“ bringt folgende Meldung aus Brüssel. Dr. Stresemann hat dem Generalsekretär des Völkerbundes vorgezogen, den Vorschlag für die Dezembertagung des Völkerbundes, Belgien zu übertragen und Deutschland bei der Vorführung während der Märzsession zu überlassen. Vandervelde dürfte bereit sein, diesem Vorschlag zu entsprechen.

Strafanträge im Leipziger Kriminalprozeß.

Urteilsverkündung erst nächste Woche.

Leipzig, 30. November.

Nach fünfständigen Ausführungen, in denen der Staatsanwalt Mühlke in gedrängter Form noch einmal die ganze Materie vor Augen führte, die in eifriger Verhandlung besprochen worden ist, stellte heute nachmittag der Anklager unter folgende Strafanträge: Erich Koubel wegen fortgesetzter Beihilfe zum Bandendiebstahl, Anstiftung zum Amtsverbrechen, der Freilassung von Gefangenen im Sinne des § 347 des Str.-G.-B., Anstiftung hierzu und passiver Beamtenschaft mit 8 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Hermann Kühle wegen der gleichen Verbrechen mit 5 bis 6 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Emil Schäfer wegen der gleichen Verbrechen mit 5 bis 6 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Johann Brande wegen der gleichen Verbrechen mit 3 bis 4 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Abraham Erenik aus Stedlee in Polen wegen Beihilfe zum Taschendiebstahl, Hehleret, Urkundenfälschung, Beamtenschaft mit 4 bis 5 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Michael Eifelowicz aus Lodz wegen fortgesetzten Taschendiebstahls und aktiver Beamtenschaft mit 4 bis 5 Jahren Zuchthaus.

Armin Umster wegen der gleichen Verbrechen und einfachen Diebstahls mit 3 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte als rückfälliger Dieb.

Chaim Wagschal aus Wieniec in Polen wegen der gleichen Verbrechen mit 2 bis 3 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Albert Rubin aus Saloniki wegen der gleichen Verbrechen und einfachen Taschendiebstahls mit 4 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Das Plädoyer.

In Erwartung der Plädoyer sind am Dienstag der Zuhörerraum, die Tribünen und die Logen des Schwurgerichtssaales noch stärker besetzt als an den Vortagen. Der Vorsitzende, die Verteidigung und der Staatsanwalt stellen noch einige Fragen, die für den Gang der Verhandlung jedoch keine besondere Bedeutung haben. Dann schließt Landgerichtsdirektor Franke die Beweisaufnahme mit dem Vorbehalt, sie im Bedarfsfälle wieder aufzunehmen, und erteilt Staatsanwalt Mühlke das Wort. Der Anklagevertreter referiert an Hand der Anklageschrift in der Hauptsache frei aus dem Gedächtnis:

Meine sehr geehrten Herren Richter! Wir stehen heute am Ende der Beweisaufnahme eines Prozesses, der wohl einzig dasteht in den letzten Jahrzehnten. Sechs Kriminalbeamte vom Polizeipräsidium Leipzig haben Monate, vielleicht jahrelang mit Verbrechern überliefert Urteilsurteile gemacht, haben sich von ihnen bezahlen lassen und haben dafür die Verbrecher nicht nur ungestraft arbeiten lassen, sondern haben sie auch noch dabei geholt und ihr verbrecherisches Vorgehen gefördert. Einer von den Beamten ist freiwillig aus dem Leben geschieden, einer ist bereits abgeurteilt worden, vier weitere Beamte harren der Aburteilung durch Sie.

Meine Herren! Wir haben in einer wochenlangen Beweisaufnahme alle die Vorgänge an uns vorüberziehen lassen, die die Angeklagten auf die Anklagebank gebracht haben. Ich weiß mich eins mit dem Herrn

Untersuchungsrichter, der schon gestern darauf hinwies, daß die Straftaten, die den Angeklagten zur Last gelegt werden und soweit diese gegen die Angeklagten in dem Hauptverfahren erörtert worden sind, nur einen kleinen Ausschnitt dessen bilden, was die Angeklagten begangen haben. Aber was den Angeklagten nicht nachgewiesen werden kann, das muß ausscheiden aus der Betrachtung, das kann nicht mit Verwendung finden zu Ungunsten der Angeklagten. Ich werde bei meinen weiteren Ausführungen mich streng an das halten, was in der Hauptverhandlung festgestellt worden ist. Ich habe mich mit den Angeklagten und mit den ihnen zur Last gelegten Straftaten zu befassen und möchte im allgemeinen nur zwei Punkte vorausschicken. Einmal möchte ich kurz die allgemeine rechtliche Lage streifen, die sich nach dem Ergebnis der bisherigen Hauptverhandlung ergibt, und sodann möchte ich noch ganz kurz einige Worte darüber sagen, wie ich mir meine weiteren Ausführungen mit Rücksicht auf den großen Umfang der Beweisaufnahme denke.

In rechtlicher Beziehung wird zunächst einmal den Beamten zur Last gelegt, daß sie sich der Amtsverbrechen im Sinne der Paragraphen 346 und 347 Str.G.B. und des weiteren des Amtsverbrechens nach § 332 Str.G.B. schuldig gemacht haben. Nach § 346 wird ein Beamter, der vermöge seines Amtes der Ausübung der Strafverfolgung oder der Vollziehung der Strafe mitzuwirken hat, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafrechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt, oder eine Handlung begeht, die geeignet ist, eine Freisprechung oder eine dem Gesetze nicht entsprechende Bestrafung zu bewirken. Nach § 347 wird ein Beamter, der einen Gefangenen, dessen Bewachung, Begleitung oder Bewachung ihm anvertraut ist, vorsätzlich entweichen läßt oder dessen Befreiung vorsätzlich bewirkt oder befördert, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Wegen Befreiung wird ein Beamter, der für eine Handlung, die eine Befreiung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, Besondere oder andere Vorteile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Paragraph 346, der eine Begünstigung eines Verbrechens unter Strafe setzt, insofern ein Polizeibeamter eine Strafverfolgung des Verbrechens nicht in die Wege leitet oder unterläßt, wie auch die Paragraphen in den Fällen, in denen die Angeklagten überführt sind, die Taschendiebe auf Grund vorher getroffener Vereinbarungen gedeckt zu haben, kommen wohl in Betracht bei der Beurteilung der rechtlichen Lage.

Es werden vielmehr die Angeklagten zu verurteilen sein, worauf schon der Vorlesende hingewiesen hat, wenn Beihilfe zu schwerem Diebstahl und Bandendiebstahl vorliegt, und zwar deswegen, weil nach der Rechtsprechung eine Verpflichtung zur Verfolgung einer strafbaren Handlung beim Polizeibeamten nur dann vorliegt, wenn er in keiner Weise an der strafbaren Handlung beteiligt ist. Das ist also im vorliegenden Falle nicht gegeben. Paragraph 346 ist auszuschalten.

Bandendiebstahl wird bestraft nach § 243, Ziffer 6 Str.G.B. Es ist ein erschwerender Grund für den Diebstahl, wenn sich mehrere zusammentun. Das ist der typische Fall für Taschendiebe, die in Kolonnen ausgehen. Wenn die Beamten nun die Taschendiebe gedeckt haben, ihnen förderlich gewesen sind, daß im Falle eines Eingreifens der Taschendiebe durch den Bestohlenen diese des Schutzes der Beamten sicher sein konnten, so handelt es sich um eine Beihilfehandlung zum Taschendiebstahl. Für diese Beihilfehandlung kommen die Bestimmungen des § 247 in Frage. Außerdem stützt

sich der § 346 auf die sinngemäßen Bestimmungen in den Paragraphen 44 und 45.

Etwas ganz anderes ist es aber, wenn es sich darum handelt, daß ein Polizeibeamter einen Gefangenen, der ihm der Obhut anvertraut ist, entweichen läßt. Es würde also in den Fällen hier Beihilfe zum Bandendiebstahl in Verbindung mit § 347 Str.G.B. in Anwendung zu bringen sein, abgesehen von einigen Fällen, auf die ich besonders eingehen werde, vor allem auf den Fall Golovin, wo nicht Beihilfe in Frage kommt zum Bandendiebstahl, wo es sich um die Paragraphen 346 und 347 handelt. Ich streife schon die Art, wie die Taschendiebe zu bestrafen sind. Sie sind zu bestrafen nach § 243, Ziffer 6 wegen Bandendiebstahls.

Ich werde also bei meinen weiteren Ausführungen davon ausgehen, daß bei den Beamten im wesentlichen Beihilfe zum Bandendiebstahl in Frage kommt.

Die Beurteilung der Straftaten.

Die schwerste Frage bei der Beurteilung dieser Straftaten ist die Strafzumessung. Man muß sich fragen, wie es möglich gewesen ist, daß sechs treue Beamte so straucheln konnten. Es blieb nur die Aussage, daß das Uebel sich nach und nach weitergefressen hat. Zweifellos haben die beteiligten Beamten das Ende vorausgesehen. Wenn zunächst bei der Behandlung jedes einzelnen Falles der Eindruck entstand, daß man die Straftaten milde zu beurteilen habe, so ist es später als Trugschluß festzustellen gewesen. Man muß ein von dem Eindruck der einzelnen Handlungen freimachen und die Gesamtheit der Straftaten beurteilen. Dann erscheint der ganze Komplex um so unverständlicher und unverantwortlicher. Die Statistik, die über die Diebstähle zur Herbstmesse 1924 hier bekanntgegeben worden ist, enthält nicht im mindesten alle vorgefallenen Diebstähle. Besonders deutlich wird die Verwerflichkeit der Handlungsweise der Angeklagten, wenn man sich ein Bild von den Folgen macht. Das furchtbare Anschwellen der Taschendiebstähle in Leipzig ist bestimmt auf die Tätigkeit der Beamten zurückzuführen. Die Beamten müssen gewußt haben, daß die Taschendiebstähle derartig zunehmen würden, wenn sie einmal mit den Taschendieben angefangen hätten.

Nicht durch Spiegel ist diese Zusammenarbeit veranlaßt worden, denn Erenik war nicht Koubels Spitzel, sondern im Anfang sein uneigennütziger Freund. Man muß weiter bedenken, daß die angeklagten Beamten das Vertrauen ihrer Vorgesetzten gründlich getäuscht haben, und daß in der Leipziger Beamtenchaft eine verständliche Erbitterung über die gefallenen Beamten herrscht. Um so mehr ist in diesem Zusammenhang zu betonen, daß die Gesamtheit der Leipziger Beamtenchaft unangetastet dasteht.

Persönlich kann man den Angeklagten herzliches Mitleid entgegenbringen. Es sprechen viele Momente zu ihren Gunsten. Sie hatten eine schwere Stellung zu wahren und wurden sehr gering bezahlt. Man hätte ihnen höhere Mittel für die Dienstaufwendungen geben sollen. Aber es ist zu bedenken, daß Hunderttausende andere Beamte in derselben Lage durchgehalten haben und treu geblieben sind. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Taten bis zu einem gewissen Maße zwangsläufig erfolgt sind. Aber vollkommen schuldig dieser Einwand nicht durch. Keiner von den angeklagten Beamten hat versucht, sich aus der Sache herauszuziehen, indem er sich vom Hauptbühnen verziehen ließ. Dem Angeklagten Koubel ist zu glauben, daß er vermögend war. Aber trotzdem hat er über seine Verhältnisse gelebt. Mancher möchte sich schämen, seine abgegriffene Brieftasche neben die sechs bei Koubel beschlagnahmten zu legen. Beseidend ist auch, daß Koubel sich

im Jahre fünf Anzüge

machen ließ. Er wollte nun einmal besser aussehen als die anderen, und dazu langte es nicht. Zu seinen Gunsten spricht nur, daß nicht Habgier sein Motiv war.

Die mit Tränen säen...

Roman von Ernst Gerstner.

(15 Fortsetzung.)

Nun waren Zug und Auto auf gleicher Höhe. Wie eine Welle den langsamer surrenden Koffer überhöht, so rollte der geschmeidige Wagen an der rauchbewimpelten Lokomotive vorüber.

Der Chauffeur konnte den Bahnübergang gut hindernisse gab es dort nicht. Die Schranken fehlten. Einem Steinwurf gleich schoß der Wagen über die Schienen. Einen Augenblick später überquerte der Zug den Weg.

Es war geschafft. Durcheinandergeschüttelt, staubig stieg De Fuets vor dem Fabrikator aus dem Auto.

„Ist Herr Staben da?“ fragte er den Pförtner. „Er ist eben gekommen.“

Auf dem hinteren Teil des Hofes stand untätig eine Gruppe Arbeiter. Als sie De Fuets ansichtig wurde, zerstreute sie sich in die Werkstätten.

„Na, das Geld mitgebracht?“ fragte er gespannt über das Blatt hinweg. Von dem gestrigen Telefongespräch mit Heddi über die Unglücksnachricht hatte De Fuets Felly nichts mitgeteilt.

„Die Hamburger Exportfirma ist vor einer Woche in Konkurs gegangen,“ sagte De Fuets.

Felly senkte schnell das Blatt. Seine Stummelpfeife legte er ungeachtet neben den Ashbecher, daß die Glut über den Schreibtisch rieselte.

„In Konkurs —“

„Jawohl. Daran ist nun nichts mehr zu ändern.“

„Und das Geld?“

„Ist verloren.“

„Das muß, verzeh, ein Irrtum sein. Von der Firma ist heute ein eingeschriebener Brief unter den Postfächern. Du hastest dir vorbehalten, diese Art von Schreiben selbst zu öffnen.“

„Den Inhalt kenne ich, ohne ihn zu lesen. Es ist die Bestätigung meiner Worte.“

Felly erhob sich, grub die Hände in die Hosentaschen und schaute durchs Fenster.

„Du willst wohl zusehen, ob die Arbeiter schon nach ihrem Lohn kommen?“

„Ich kann ihn nicht ausbezahlen.“

„Ich auch nicht.“

„Du kannst es, aber du willst es nicht.“

„Ich kann es und würde es auch wollen, allerdings nur unter einer Bedingung.“

Schnell drehte sich Felly um.

„Und die wäre?“

„Wenn Heddi einverstanden wäre, meine Frau zu werden.“

solange das heulende Kind im Leibe gehabt habe?“

„Ich mußte mir doch erst Gewißheit verschaffen, ob mein Plan auch durchführbar ist.“

„Hast du dir die verschafft?“

„Natürlich.“

„Von wem denn?“

„Von deiner Schwägerin selbst.“

„Ist sie einverstanden?“

„Sie hat nicht nein gesagt.“

Felly bisher zur Schau getragene Gleichgültigkeit war aus den Angeln gehoben. Niemand ahnte, wie die Ungewißheit der letzten Stunden ihn gemartert hatte. Das war nun alles fortgewischt, ins Glück gebracht. Und wieder hatte De Fuets reitende Hand gehalten, ihn vom Abgrund zurückgerissen, ohne daß Felly ein Opfer bringen mußte.

„Entschuldige, mein Lieber, diese günstige Nachricht will ich sofort Marie bringen.“

Bergnügt, wie nach Abwicklung eines gutgelungenen Geschäftes, rieb er sich die Hände. So trat er auch zu Marie ins Zimmer.

„Gratuliere holde Krabbärste.“

„Was gibts?“

„Es gibt Hochzeit.“

„Was denn —?“

„Deine Schwester wird De Fuets Frau.“

Ritrend fiel der Spiegel, von dem Marie mit Hauchen und lebhaftem Wischen einige Flecken hinwegpolieren wollte, auf den Tisch. Ein breiter Sprung sog sich durch das Glas.

„Ach Gott,“ sagte Marie, indem sie erschrocken den beschädigten Spiegel betrachtete.

„Macht nichts. Wird ein neuer gekauft.“

„Das ist es nicht. Aber Heddi — was ist denn geschehen?“

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Gewerbesteuern.

Von Ehrenobermeister Wilhelm Knieß, R. d. B. A., Kassel-Wilhelmshöhe.

Die Stadt Kassel hatte dieses Frühjahr durch das Bauamt Veranlassung genommen, hundert Wohnungen ohne Submission nach gegenseitiger Verständigung in den Preisen einer Genossenschaft von Handwerksmeistern zu übertragen. Hauptzweck war, daß diese alten eingeführten Firmen den Rest ihrer Angestellten und Arbeiter, die meist langjährig in diesen Betrieben beschäftigt, nicht auch noch arbeitslos werden, und damit der Allgemeinheit zur Last fielen. Für jeden, der etwas weiter blickt, wie die eigene Kassenkiste reicht, ein dankenswertes Vorgehen unserer Stadtverwaltung.

Aber es ist schon so, recht ist es niemals zu machen; einmal will das Handwerk keine Submissionen, und dann heißt es wieder, warum werden die Arbeiten nicht ausgeschrieben, ich bin doch leistungsfähig, wenn es auch manchmal danach ist. Das muß einmal gesagt werden zur Rechtfertigung der Behörden, die oft einen recht schweren Stand haben, um dazwischen durchzukommen. Mit dieser Art der freihändigen Vergabe ist es nun schon wieder aus, trotzdem die Betriebe, welche vor diesen hundert Wohnungen keine Arbeit erhalten, von denen, welche die Lieferungen erhalten, keine Konkurrenz hatten, sie hatten zu tun. Nun haben wir sechs oder gar sieben solcher Genossenschaften; und nun kann das gegenseitige Meiben wieder losgehen.

Hierzu kommt eine neue Unsitte. Der Herr preussische Minister hat eine Anweisung herausgegeben, daß, wo es bekannt wird, Handwerksmeister sich zusammenschließen, um die Preise hochzutreiben, die Gemeinden und auch die Bau-genossenschaften verpflichtet sind, auswärtige Konkurrenz mit heranzuziehen. Mit einer solchen Anordnung könnte man sich abfinden; in Wirklichkeit findet in der heutigen Zeit wahrlich kein Zusammenstehen der Köpfe statt, sondern eine gegenseitige Konkurrenz bis zum äußersten findet statt, so daß Preise abgegeben werden, über die selbst der Sale sich lustig macht.

Nun wird aber die Verordnung des Ministers ganz falsch ausgelegt, ich will natürlich annehmen ohne böse Absicht. Daß auf alle Fälle auswärtige Konkurrenz herangezogen werden muß, das ist gar nicht gemeint.

Wer mit Hauszinssteuern baut, muß auch die Arbeit in der Stadt lassen, andere Städte passen hier auch auf, daß ihnen durch solche falsche Manipulationen nicht die eigenen Steuerzahler verloren gehen. Wer für eigenes Geld baut, mag tun, was er will; trotzdem für diese auch gilt, daß man für wenig Geld keine gute Ware erhalten kann; aber das Kapital, das in Form von Hauszinssteuern aus dem Volke herausgeholt wird, muß auch dort weitmöglichst bleiben, wo es unter schweren Opfern häufig genug aufgebracht wird.

Es wird so viel über Untragbarkeit der Gewerbesteuern geredet und geschrieben, das ist richtig, aber die Gemeinden brauchen sich nicht zu wundern, wenn die Quelle zum Versiegen kommt. Wenn keine Gelegenheit zum Verdienen da ist, so hört das Steuerzahlen auch auf. Gewiß kann die Gemeinde für ihre rückständigen Steuern Pfändung beantragen lassen, aber dann ist es bald ganz aus. Also bleibe nur der Weg der gegenseitigen Beratung, wie ist die Steuerkraft zu fördern. Das kann am besten geschehen, wenn die Gemeinde aufpaßt, daß die Arbeiten, die in ihren Grenzen ausgeführt, auch am Orte bleiben, insbesondere diejenigen, welche mit steuerlichen Geldern z. T. bezahlt werden. Die Gewerbetreibenden auf dem Lande haben es auch nicht leicht, aber sie haben doch durch den Landbesitz, den sie nebenher bearbeiten, einen gewissen Vorsprung vor dem städtischen Betrieb. Außerdem wird auf dem Lande im Verhältnis ganz leiblich gebaut; es sind ja für diese Zwecke Ausgleichsfonds vorhanden, da ja bekanntlich die Landwirtschaft keine Hauszinssteuer bezahlt, und deshalb das Land zum Teil von den Städten mit Kapital mit versorgt werden muß.

Die Forderung muß also auch im Interesse der Gemeinde sein: Bei Neubauten und Umbauten, welche mit Hauszinssteuerhypotheken gebaut werden, müssen die auszuführenden Arbeiten zu angemessenen Preisen in der Gemeinde ausgeführt werden, soweit sie natürlich am Platze hergestellt werden können.

den können. Wenn unsere Vermögenslage in Deutschland nicht, daß die freie Wirtschaft ohne staatliche Bevormundung sich wieder bewegen kann, d. h. Gelder zum angemessenen Zinsfuß zu erhalten, dann kann auch der Freigedanke wieder getreten werden, aber in der Zeit des Notbedarfs, der wir leider noch leben müssen, sind die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung mit großer Vorsicht und Überlegung zu beachten.

Schutz des Gewerbetreibenden.

Zu der Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft durch Freigabe der großen Wohnungen und der gewerblichen Räume hat die demokratische Landtagsfraktion umgekehrt folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, in die Verordnung über die Freigabe der großen Wohnungen und der gewerblichen Räume folgende Bestimmungen aufzunehmen:

1. Für gewerbliche Räume, deren Jahresfriedensmiete in Berlin 4000 Mark, in den übrigen Orten der Sonderklasse 3000 Mark, in den Orten der Ortsklasse A 2400 Mark, der Ortsklasse B 2000 Mark, der Ortsklasse C 1500 Mark und der Ortsklasse D 1000 Mark nicht übersteigt, bleiben die bisherigen Bestimmungen der Wohnungswirtschaft aufrechterhalten.

2. Wird durch die Kündigung eines gewerblichen Raumes oder durch die Steigerung der Miete für einen solchen der wirtschaftliche Existenz des Mieters bedroht, so steht diesem das Recht zu, einen zu bildenden Einigungsaußschuß anzurufen, der über die Berechtigung der Kündigung bzw. über die Höhe der zu zahlenden Miete zu entscheiden hat.

Die demokratische Fraktion hat außerdem erreicht, daß dieser Antrag vor dem Auseinandergehen des Landtags zur sachlichen Beratung gelangte und dort von dem Abgeordneten Hoff eingehend begründet werden konnte.

Berliner Börse vom 30. November.

Tendenz: Schwächen.

An der heutigen Wirtsmörse kam zunächst weitere Präzisionsware heraus, die auf die Kurse drückte. Die Tendenz der Aktienmärkte war bei absoluter Zurückhaltung des Publikums vorwiegend schwächer. Bestimmend wirkte neben den Besorgnissen über den bevorstehenden Wettkampf am Welt-Pohlenmarkt auch die wieder langsam ansteigende Arbeitslosigkeit, und die vielen Sanierungen und Verlustabschlüsse, die in neuerer Zeit bekanntgegeben wurden. Von Maschinenwerten erschienen für Hartmann Minusgesetzen an den Markt, da der bedeutende Jahresverlust ein größeres Aktienangebot zur Folge hatte. Die erste Notiz stellte sich auf 48,5 nach einem Stand von 56 an der gestrigen Nachbörse. Derartige Einzelbewegungen waren naturgemäß geeignet, die Lustlosigkeit und Realisationsneigung bei der ohnehin bestehenden Nervosität zu fördern. Am Farbenmarkt beschränkte sich die Spekulation auf die zur Durchführung der Liquidation notwendigen Transaktionen, da der Streit um die Stützstoffpatente das Interesse für dieses Papier vermindert hat. Die Gesamtrendenz war somit bei einem Mindestmaß an Umsätzen allgemein gedrückt. Auch heimische Staatsrenten, die zunächst allerdings noch bemerkenswerter fest erdffneten, wurden später in größeren Beträgen angeboten und bröckelten durchweg im Kurse ab. Die Abflugsanleihe, die infolge der Verlosung wieder nicht notiert wurden, waren im Freiverkehr mit 388 und darunter nur angeboten.

Am Geldmarkt hat die Nachfrage nach Tagesgeld eine erhebliche Zunahme erfahren, so daß die Sätze für Gelder auf einige Tage über den Ultimo bis 8 Prozent anjogon. Die Höhe der Zinsforderungen schwante im einzelnen je nach der Länge der Ausleihungen zwischen 6% und 8 Prozent. Auch dieser Umstand trug wesentlich zu der ungünstigen Kursgestaltung bei.

Im Devisenverkehr waren keine nennenswerten Schwankungen festzustellen. Von den Hauptplätzen nannte man London-Paris mit 131,5, London-Mailand mit 113,75, London-Düsseldorf mit 19,18, London-Madrid mit 82 und London-Braßel mit 84,88. Der Dollar notierte gegen Berlin 4,200 und gegen London rund 4,85.

Die anderen Beamten haben angegeben, daß wirtschaftliche Mängel sie zur Zusammenarbeit mit den Diensten getrieben hätten. Das ist zu ihren Gunsten in Anrechnung zu bringen. Bei der Frage, ob man den Beamten mildere Umstände zubilligen könne, muß man unbedingt zu einer Verneinung kommen. Für die Taschendiebe bedarf diese Frage überhaupt keiner Erwähnung. Ihr struppelloses und gemeinsehrliches Verhalten hat die Suche immer mehr anschwollen lassen. Ueberdies ist der Taschendieb einer der gemeinsehrlichsten Verbrecher, der stets elegant auftritt, gut lebt und niemals arbeitet. Keiner der angeklagten Taschendiebe hat den Nachweis für einen anständigen Lebenserwerb erbracht.

Es folgen nun die oben angeführten Strafanträge. Der Staatsanwalt schlägt vor, die Zeit der Untersuchungshaft bei Rouvel, Kühle, Schäfer, Brandke und Erenbit voll und bei Gieskowitz und Wagshal zum Teil anzurechnen.

Die Verteidigung spricht.

Hierauf ergreift als erster Verteidiger Rechtsanwalt Graf für die Angeklagten Rouvel und Rubin das Wort. Er wendet sich zunächst gegen die Auffassung der Staatsanwaltschaft von der Bedeutung des Schuldbeweises. Es sei nicht möglich, eine Verurteilung auf einen bloßen Verdacht zu begründen. Der Staatsanwalt habe sich die Begründung des Begriffs Vandalendiebstahl sehr einfach gemacht. Er nehme im Rahmen freier Beweiswürdigung an, dieser oder jener habe zu einer Bande gehört, sei während der Tat auf dem Bahnsteig gewesen und infolgedessen schuldig. Die Beamten hätten nicht die Absicht gehabt, die Taschendiebe vor Strafe zu schützen, sondern sich selbst zu schützen. Die vier angeklagten Beamten seien zwangsläufig in eine absolute Abhängigkeit von den Taschendieben geraten. Der Verteidiger geht hierauf auf die einzelnen Fälle ein, an denen nach den Schlussausführungen des Staatsanwalts Rouvel beteiligt sein soll, und ist der Ansicht, daß in zahlreichen Fällen eine Bestrafung Rouvels infolge mangelnder Beweisführung nicht möglich sein wird.

Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch früh vertagt. Rechtsanwalt Graf wird zunächst sein Plädoyer fortsetzen.

Großfeuer in Magdeburg.

Magdeburg, 30. Nov. In der Nacht zum Dienstag geriet in der Zitabelle von Magdeburg, jenseits der Elbe, das ehemalige Gewerhaus in Brand. In dem Gebäude sind zurzeit eine Bootsbauerei, eine Lackerei, eine Tischlerei und eine Schlosserei untergebracht, deren Vorräte dem Feuer reiche Nahrung boten. Außerdem standen in einem Schuppen des Hauses große Benzinfässer, neben mehreren Kraftwagen und Motorrädern. Als das Feuer diesen Schuppen ergriff, explodierten die Benzinnengen mit riesiger Stichflamme und brachten das Gewerhaus zum Einsturz. Die ganze städtische Feuerwehr mußte aufgeboden werden, um die Flammen von den benachbarten Gebäuden fernzuhalten, was schließlich gelang. Dabei mußten die Mannschaften mit Rauch- und Gaschutzmasken arbeiten, trotzdem wurden ein Wehrmann und ein Ingenieur schwer und fünf Wehrleute leicht verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Das 120 Meter lange Haus war nicht zu retten und ist vollkommen niedergebrannt, mit ihm große Mengen an Holzern, Öl, Farben und Lacken, alle Möbel eines Wagens und mehrere Kraftfahrzeuge.

Ein ungetreuer Beamter.

Detmold, 30. November. Der Eisenbahnbetriebsassistent Heinrich Peters aus Lage, der nach Veruntreuung von etwa 19 000 Mark fänglich geworden war, wurde in München verhaftet. Man fand bei ihm noch 15 000 Mark vor.

„Nichts ist geschehen. De Fuert hat ihr einen Antrag gemacht.“

„Und sie hat angenommen?“

„So halb und halb. Du weißt ja, je heller den Mädchen das Herz vor Verlangen brennt, um so mehr zieren sie sich.“

„Mir wills nicht in den Kopf, Feliz.“

„Nun, du kannst dir ja die Bestätigung von Heddi selbst geben lassen. Sie wird bald zurück sein.“

„Doch, nachdem Feliz dies gesagt hatte, wunderte er sich darüber, daß Heddi nicht mit De Fuert im Wagen zurückgekommen war. Es wird schon irgendwie sein, dachte er.“

„Langsam schritt er über den Fabrihof zum Bürogebäude zurück. Die an den Maschinen tätigen Arbeiter sahen ihren Chef scheu von der Seite an.“

„Wir werden wohl diese Woche umsonst gearbeitet haben,“ meinte einer der Beschäftigten in schmerzlicher Klause. „Warum haben wir gestern unser Geld nicht bekommen?“

„Ich weiß Bescheid, was es bedeutet, wenn man vertriebt wird.“

„Ich habe noch Hoffnung,“ sagte ein anderer. „Sieh nur, wie er schmunzelt. Er scheint noch nicht auf dem Grund seiner Kasse zu sein.“

„Diese Entlohnung wurde von der hier schaffenden Arbeitergruppe in die anderen Werkstätten getragen, so daß die allgemeine Unzufriedenheit abflaute.“

Als Feliz vergnügt ins Hauptbüro trat, sah er De Fuert damit beschäftigt, die eingegangene Morgenpost aufmerksam durchzulesen.

„Wer weiß? Zunächst muß ich die endgültige Aussage deiner Schwägerin haben.“

„Ist sie denn schon unterwegs nach hier?“

„Sie muß sofort eintreffen.“

Feliz setzte sich ohne ernste Beschäftigung an seinen Schreibtisch und wartete auf Heddi.

Jetzt muß sie gleich hier sein, überlegte Feliz, indem er seine Finger nervös über die Tischplatte trommeln ließ.

Auch De Fuert schaute bald ungeduldig durch das Fenster, bald auf das sterbliche Bitterblatt seiner Kambauhr.

„Sie warteten vergeblich.“

„Sie wird den Zug verpaßt haben,“ meinte Feliz. „Das glaube ich nicht.“

„Hast du sie heute morgen nicht gesehen?“

„Sie hatte schon vorher das Hotel verlassen.“

Die kurzen ungenügenden Antworten De Fuerts gaben Feliz zu denken. Schließlich erhob er sich.

„Wolle ich sie sofort nach Hause fahren. Ich werde hinaufsehen. Oder besser: ich gehe selbst.“

XIII.

Mit Gladys Liebs.

Vor dem Landhause Vincos hielt eine Gruppe Reiter. Die durchweg schlanken, rassistigen Pferde scharten ungeduldig mit den Hufen und streckten die Köpfe der sonnenblauen Ferne entgegen, als könnten sie kaum die Zeit zum Ausbruch erwarten.

„Gegen Mittag sind wir dort.“

Der Fragesteller schaute prüfend auf seine Uhr.

„Also immerhin gute zwei Stunden.“

„Man kann auch in einer Stunde schaffen.“

„Das wäre eine unflinige Hejzag.“

„Es macht aber Spaß.“

In diesem Augenblick ritt aus dem Tore des Anwesens Vincos hervor. Er machte sich prachtvoll auf seinem starknackigen Hengst. Da er den Hut vor sich in der Hand hielt, sah sein tiefergebranntes Gesicht den Besuchern frei entgegen. Die gewöhnliche Gleichgültigkeit seines Blickes hatte sich in eine stolze Zufriedenheit hineingelöst. Die hier Versammelten waren gekommen, um seine Biehkoppeln, seinen Reichtum zu bewundern und zu bewundern. Seine gewaltige Faust umspannte den Jügel, als wollte sie die in ihr schlummernde Kraft auf die Sehnen des Pferdes zu einem atemraubenden Ritt in diesem Licht und lustvollen Morgen übertragen.

„Einen Augenblick richtete er seine hellblauen Augen nachhin, wo abseits von der Gruppe Gladys und Dr. Raupach plauderten. Dann warf er den Kopf seines Pferdes herum und galoppierte frisch in den Morgen hinein, gefolgt von dem munteren Getrappel der nun endlich erlösten Tiere.“

Gladys und Wolf bildeten den Schluß. Unwillkürlich nahmen ihre Pferde eine langsamere Gangart als die Vorausreitenden.

Wolf betrachtete bewundernd seine Begleiterin. Ihre ebenmäßige, schlank Gestalt schmeigte sich in den Sattel, als sei sie mit dem Körper des Tieres verwachsen. Es schien nicht bewußt zu sein, welche Pierlichkeit es auf seinem Rücken trug, wie sehr seine körperliche Kraft die der Reiterin übertraf, den es folgte fast glatter der geringsten Bewegung ihrer Hand.

(Fortsetzung folgt)

Im heimliche... nicht... früheren... berung... den habe... Mittel... D. W. J... in den... Di... gängig... lichen... Reglerum... war die... einen der... Blatt... In... des Auge... r a b u... gaben, de... wenn ma... Sinne: J... daß der... erzwingen... sich mach... Sozialden... Abg... in den... Reichs a... Beteiligu... des Reich... abgeben... an der... Redner, d... Jelmforb... Abg... len Antr... den Beh... trapbar... Abg... nung... in der D... Von... nittlicher... zurückgem... ritten un... Ber... schen Lan... Generalo... a. D. vor... der Kritik... Präsident... Deutschen... Die T... In ei... festgestell... organisi... anfrage für... feiten... Danach h... rungen de... handelt... gen mit r... hob keine... erlebigen... Wünschen... allein imf... nehmen... Der... Eigung m... sch, ob... Reichsbea... zu der F... wird, steh... Wie... Reichs- u... den Bern... riums, de... Reichsbah... den Beam... bei der F... bereits ge... nen der G... au keinem... werkschafte... nächsten... Tur... 18, ist et... blatt ab... belegen, ... Studium... ten Verz... gemährt... tent den... Die... gen Daue... Abtrigen... Jahre der... 2270 Ber... und in G... ich zu d... türe des... Akademik... (bzw. der

Die D. A. Z. soll wieder verkauft werden.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags kam gestern der heimliche Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Erörterung. Neue Gesichtspunkte ergaben sich nicht. Vielmehr wiederholte Dr. Stresemann lediglich seine früheren Erklärungen, daß der Verkauf „im Interesse der Förderung der Reichspolitik“ erfolgt sei. Aus „sachlichen“ Gründen habe man nach eingehenden Erwägungen beschlossen, die Mittel aus dem Dispositionsfonds zu entnehmen, statt die D. A. Z. als selbständiges „Erwerbsunternehmen“ des Reichs in den Etat einzustellen.

Die Kommunisten beantragten, den Verkauf sofort rückgängig zu machen. Auch die Deutschnationalen und die Völkischen richteten, wie zu erwarten, scharfe Angriffe auf die Regierung. Von größter Bedeutung als diese Parteipolemik war die Tatsache, daß die Regierungsparteien der Regierung einen deutlichen Wind ertelten, bei nächster Gelegenheit das Blatt wieder zu verkaufen.

In diesem Sinne äußerte sich unter möglichster Schonung des Außenministers der Vertreter des Zentrums, Dr. v. Guérard und der Abg. Leicht (Vap. Sp.), die zu verstehen gaben, daß man die Regierung nicht allzu sehr drängen dürfe, wenn man die D. A. Z. wieder los werden wolle. In diesem Sinne sprach auch Müller-Franken (Soj.), der meinte, daß der Versuch, eine sofortige Lösung des Verhältnisses zu erzwingen, die Erzielung eines erträglichen Preises unmöglich machen würde. Im übrigen erklärte der Vertreter der Sozialdemokratie das Experiment des Verkaufs für verfehlt.

Abg. Bergt (Dnat.) beantragte 1. die Regierung möge in den laufenden Nachweisungen über die Vorkäufe des Reichs an geschäftlichen Unternehmungen künftig auch die Beteiligung an der D. A. Z. aufnehmen; 2. bei Vorlegung des Reichshaushalts für 1929 bestimmte Erklärungen darüber abgeben, wie künftig die Frage der Beteiligung des Reichs an der D. A. Z. geregelt werden soll. Hierbei betonte der Redner, daß die Deutschnationalen die Notwendigkeit von Geheimfonds für die außenpolitische Arbeit durchaus anerkennen.

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) hielt den deutschnationalen Antrag auf öffentliche Rechnungslegung für Gelder der Geheimfonds entnommen seien, etatsrechtlich nicht für tragbar. Das widerspreche dem Sinn der Geheimfonds.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) widersprach dieser Meinung. Die Angelegenheit des Zeitungsaufsatzes sei nun einmal in der Öffentlichkeit bekannt.

Von allen Rednern wurde der von völkischer und kommunistischer Seite erhobene Vorwurf der „Korruption“ hart zurückgewiesen. Schliesslich wurden die Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Der neue Präsident des Ruffhäuserbundes.

Berlin, 30. November. Der Vorstand des Preussischen Landeskriegerverbandes hat anstelle des verstorbenen Generalobersten von Heeringen den General der Artillerie a. D. von Horn zum ersten Präsidenten gewählt. General der Artillerie a. D. von Horn ist dadurch gleichzeitig erster Präsident des Reichskriegerbundes „Ruffhäuser“ und der Deutschen Kriegervollzugsvereinsgemeinschaft geworden.

Die Winterzulagen der Beamten.

In einer Kundgebung des Deutschen Beamtenbundes wird festgestellt, daß die vom Reichsfinanzminister den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft in Aussicht gestellte Winterzulage für die Beamtenhaft auf unerwartete Schwiebigkeiten stöße. Von unterrichteter Seite wird dies bestritten. Danach hat der Reichsfinanzminister gestern mit den Regierungen der einzelnen Länder über die Beamtensubventionen verhandelt. Dabei ergab es sich jedoch, daß die Länderregierungen mit wenigen Ausnahmen — der Vertreter Sachsens erhob keinen Widerspruch — erklärten, daß infolge des nicht erlebigen Finanzausgleiches ihnen die Mittel fehlten, den Wünschen der Beamtenschaft zu genügen und daß das Reich allein imstande wäre, eine derartige Belastung auf sich zu nehmen.

Der Reichstag wird voraussichtlich in der übernächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt werden, und es fragt sich, ob dann eine Entscheidung wenigstens zugunsten der Reichsbeamten gefällt werden wird. Ob die Reichsbahn sich zu der Frage des Weihnachtzuschusses zustimmend verhalten wird, steht noch nicht fest.

Wie ver lautet, beschäftigen auch die Organisationen der Reichs- und Staatsarbeiter bei den zuständigen Behörden, den Verwaltungen der Reichspost, des Reichsfinanzministeriums, der Reichswasserstraßenverwaltung und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den Antrag zu stellen, ihnen, ebenso wie den Beamten, eine Weihnachtshilfe zu gewähren. Während bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bereits gestern offizielle Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahner stattgefunden haben, die all' rings noch zu keinem Ergebnis geführt haben, werden die übrigen Beamtenschaften den betreffenden Behörden ihre Wünsche in den nächsten Tagen vortragen.

Warnung vor dem Medizinstudium.

Durch den Hartmann-Bund Leipzig, Dufourstraße 18, ist ein von Sanitätsrat W. Meese verfaßtes Merkblatt über die Aussichten des ärztlichen Berufes zu beziehen, das eine eindringliche Warnung vor dem Studium der Medizin enthält. Die bisher approbierten Ärzte decken den Bedarf für zehn Jahre; die gegenwärtige Zahl der Studenten übersteigt um 100 Prozent den normalerweise zu erwartenden Abgang an Ärzten. Die ärztliche Ausbildung ist mit ihrer sechsjährigen Dauer die teuerste unter den akademischen Berufen; übrigens braucht der Facharzt mindestens 10 bis 12 Jahre der Ausbildung. Vor dem Kriege kam auf etwa 2270 Personen ein Arzt, jetzt kommt einer auf 1475, und in Großstädten sogar nur auf 900. Vor der reichlich zu überlegenden Wahl empfiehlt sich auch die Bekämpfung des von der Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker herausgegebenen Merkblattes „Der Arzt“ (Bzw. der Zahnarzt).

Aus Stadt und Land.

Aus, 1. Dezember 1928.

Der Monat Dezember.

Wohl in keinem anderen Monat kehrt sich der Blick des Menschen so sehr von der Natur ab wie im Dezember. Pflanzen- und Tierwelt liegen in tiefem Todeschlaf. Frostig, fast unbemerklich klingt jetzt auch das Hämmern des Spechts im einsamen Wald. Der Gedanke an das Bild verbindet sich mit der Erinnerung daran, daß es jetzt ebenfalls im härtesten Kampfe ums Dasein steht.

Alles sieht zwar erfreulicher aus, wenn eine glühende Schneedecke die Erde überzieht und vielleicht gar aus einem klarblauen Winterhimmel die Sonne darauf niederhaut. Aber das ist eine Szenerie, die sich im Weihnachtsmärchen häufiger findet als in der deutschen Wirklichkeit. Im November, Januar und Februar steht ja die Natur auch nicht viel freundlicher da, aber wenn wir im November das trübe Bild der Naturwelt noch gern mit dem farbenreichen Anblick vergleichen, den sie kurz vorher noch geboten, so mahnen uns in den ersten Monaten des neuen Jahres die länger werdenden Tage schon wieder an die bessere Zeit, die sich ankündigt.

Im Dezember, dem Monat der kürzesten Tage, fühlen wir uns auf dem tiefsten Punkt im Wandel der Natur, und wir wenden unseren Blick umso lieber von draußen ab, als es jetzt für uns in unseren vier Wänden allerlei Erfreuliches zu tun und zu hoffen gibt. Der Dezember ist der rechte Monat des Hauses, denn das Weihnachtstfest, dessen Vorbereitungen den ganzen Zeitraum beherrschen, ist das eigentliche Fest der Familie und des warmen Ofens. So denken wir denn auch gar nicht gern daran, daß man dem Dezember Namen gegeben hat, bei deren bloßer Nennung uns schon friert, wie „Windmonat“, „Wintermonat“ oder „Dartmonat“.

Da ist uns der Name „Christmonat“ denn doch taufendmal lieber, denn er schließt eine ungeliebtere Fülle von Seligkeiten ein, denen Jung und Alt mit täglich wachsender Sehnsucht entgegenbarren.

Tagung der erzgebirgischen Landwirtschaft in Chemnitz.

Der kommende Freitag ist für die erzgebirgische Landwirtschaft ein großer Tag. Im Kaufmännischen Vereinsbau zu Chemnitz findet vormittags 10½ Uhr die große Ausschussung der Kreisdirektion der Landwirtschaftskammer für das Erzgebirge statt, zu der sich die Vorstände der 300 erzgebirgischen landwirtschaftlichen Vereine einfinden. Die Beratungen besaßen sich in der Hauptsache mit der Durchführung des Landwirtschaftskammergesetzes und der Anpassung der alten Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft an die neuen Verhältnisse. Nach einer Mittagspause findet im großen Saale des Vereinshauses die Jahreshauptversammlung der Kreisdirektion statt, zu der jeder erzgebirgische Landwirt und jede Landfrau, sowie auch Freunde der Landwirtschaft Zutritt haben. Im Hinblick auf die heutige schwere Lage der Landwirtschaft hat die diesjährige Tagung eine erhöhte Bedeutung, um so mehr, als von berufener Seite, und zwar von Herrn Reichstagsabgeordneten Hemmer, ein Vortrag geboten werden wird über die derzeitige wirtschaftspolitische Lage der deutschen Landwirtschaft. Im Anschluß hieran erfolgt freie Aussprache, die erfahrungsgemäß bei diesen großen Tagungen recht ergiebig und interessant ist. Die Regierung wird durch das Wirtschaftsministerium und die unteren Verwaltungsbehörden vertreten sein. Da mit einem Massenbesuch zu rechnen ist, empfiehlt es sich, rechtzeitig die Plätze einzunehmen.

Hinterbliebenenrente in der Angestelltenversicherung.

Das Gesetz vom 28. Juli 1925 hat die Wartezeit für die Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung vorübergehend verkürzt. Mit ein Antrag auf Hinterbliebenenrente nach dem 31. Dezember 1922 wegen Nichterfüllung der bisher längeren Wartezeit rechtskräftig abgewiesen worden, so ist auf Antrag von der Reichsversicherungsanstalt zu prüfen, ob, unter Berücksichtigung der verkürzten Wartezeit (80 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht), nunmehr Hinterbliebenenrente zu gewähren ist. Der Antrag auf Nachprüfung kann nur bis zum Schlusse des Jahres 1928 gestellt werden. Die Reichsversicherungsanstalt hat, soweit sie die feinerzeit abgeleiteten Anträge ermitteln konnte, die hiernach Berechtigten durch besonderes Schreiben auf die Notwendigkeit hingewiesen, den neben Antrag zu stellen. Da die Frist binnen kurzem abläuft, wird etwa noch vorhandenen Berechtigten empfohlen, unverzüglich den Antrag zu stellen.

Heimatsforscherverammlung.

Die zweite Versammlung der Heimatsforscher unseres westlichen Erzgebirges ist angelegt für Sonnabend den 4. Dezember, nachmittags 4½ Uhr im Stadthaus Aue. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Dr. Sieber über „Probleme der Wirtschaftsgeschichte des westlichen Erzgebirges“; 2. Ergebnisse der Vorstandsbearbeitung (hauptsächlich Finanzplanung, Mitgliedschaft und geplante Arbeit der Forschergruppe betreffend); 3. Besichtigung der Ausstellung des Museumsvereins Aue. Rund 50 Heimatsforscher sind zur Tagung eingeladen worden.

Abendliedergottesdienst.

Es sei hierdurch nochmals auf den heute Abend 8 Uhr stattfindenden Abendliedergottesdienst hingewiesen. Anschließend Abendmahlsfeier. Die Kirche ist gebelgt.

Der Tschj. Militärverein 138er Kirche und Umgebung weihte am Totensfest in seinem Vereinsheim, Rest. Edelweiß, eine von Kameradenhilfe gestiftete Ehrenstafel für seine im Weltkrieg gebliebenen Kameraden. Nach begründenden Worten des ersten Vorstehers, G. Böhner, übergab der zweite Vorsteher dieselbe in einer längeren, von echt kameradschaftlichem Geiste und von tiefer Trauer getragenen Gedächtnisrede an den Verein. Die vom ersten Vorsteher bei der Weihe gehaltenen Rede war ebenfalls so tiefempfunden, daß die anwesend gewesenen Gäste nach beendeter Feier mit der vollen Ausrüstung nach Hause gegangen sein mögen, daß der Verein seine toten und heldenhaften Kameraden nie und nimmer vergessen wird. Die Feier selbst wurde von gemeinsamen Gesängen mit Harmoniumbegleitung und von drei lebenden Bildern, gestellt von Kameraden und deren Angehörigen, umrahmt. Die letzteren waren so recht dazu angetan, der ganzen Weihe den festlichen Kern zu verleihen.

Wollschafungszug.

Zu dem Klavierabend von Professor Josef Dembaur aus München stellt die Firma Julius Blüthner (Leipzig) dankenswerter Weise einen neuen Konzertflügel aus dem Lager von Fritz Marguth (Zwickau) zur Verfügung. Die Besucher des Konzertes seien darauf hingewiesen, daß der gewöhnliche Zugang zur Oberrealschule gegenwärtig wegen des Straßenaufbaus gesperrt ist. Es empfiehlt sich, von der Stadt oder vom Bahnhof aus die Reichstraße, Wasserstraße und Eisenbrücke zu benutzen, um von dieser Seite her bequem die Oberrealschule zu erreichen.

Opernvorstellung in Chemnitz.

Der Stenographenverband „Wabelberger“ Westergebirge veranstaltet Sonntag den 3. Dezember, vorm. 11 Uhr, im Opernhaus Chemnitz eine geschlossene Vorstellung. Gespielt wird die Oper „Der Hühnermann“. Abfahrts 8.02 Uhr ab Aue. Karten sind zu ermäßigten Preisen bei Herrn Stadtbankkassierer Augustin, Stadthaus, zu haben. Mitglieder, Freunde und Gönner der Bewegung veräumen nicht die Gelegenheit, eine gute Oper zu hören.

Zwickau. Brandstiftung. In Zwickau ertönte am Montag Abend in der siebenten Stunde Feueralarm. Die Scheune eines Quisbäckers war in Brand geraten. Innerhalb kurzer Frist war die Freiwillige Feuerwehr des Ortes zur Stelle. Da der Inhalt der Scheune, bestehend aus Erntevorräten und Maschinen, sehr schnell in Brand geraten war, war nichts mehr zu retten. Die Wehren mußten sich in der Hauptsache mit der Fernhaltung des Feuers von den anderen Gebäuden begnügen. Von auswärts erschienen die Wehren Friedrichsdorf, Reinsdorf, Niederbachau, Oberhaindorf und die Motorspritze Wittau. Es wird mit Bestimmtheit Brandstiftung angenommen. Am westlichen Brandgiebel fand man in einem Meter Höhe die Stelle, an der das Feuer von außen angelegt worden war. Derselben Wehler ist bereits vor zwei Jahren eine Strohfleite in Flammen aufgegangen. Der Großmutter des Wehlers brannten infolge böswilliger Brandstiftung im Jahre 1880 vier Gebäude nieder.

Scheibenberg. Der starke Schneefall hat hier besonders im Brunnenswald größeren Bruchschaden verursacht. Auch die schönen Linden des Marktplatzes haben sehr gelitten. Außer der vorübergehenden Einstellung des Kraftpostverkehrs wurde auch der sonstige Fahrverkehr beeinträchtigt.

Reichenbach i. B. Ein Tiefbauunternehmer tödlich verunglückt. Der Tiefbauunternehmer Gollwitzer ist bei dem Bahnbau Leipzig-Dorf bei Schönbach durch Umkippen eines Wagens getötet worden. Ein Vorarbeiter konnte mit anderen zu Hilfe geeilten Arbeitern Gollwitzer zwar bald darauf aus den Schuttmassen hervorziehen, aber nur als Leiche. Der Verunglückte hatte einen Schädelbruch erlitten und war sofort tot. Er ist Vater von vier Kindern im Alter von 8 bis 18 Jahren und wohnt in Klingenthal im Vogtland.

Chemnitz. Verhaftung eines kommunistischen Schriftleiters. Nach einer Meldung der kommunistischen Presse verhaftete die Polizei den Schriftleiter Haunshild vom Chemnitzer „Kämpfer“ wegen Fluchtverdachts. Gegen Haunshild schwebt ein Verfahren wegen des bekannten „Gebichtes“ gegen den Reichspräsidenten.

Dresden. Eine Expedition nach Ostafrika. Im Jahre 1927 wird die Jagd- und Kulturfilmexpedition, die zurzeit in Dresden zusammengestellt wird, unter Leitung von Werner Grelet die Ausreise nach Ostafrika antreten. Ziel der Reise sind die Völkerstämme, die in der Gegend des Kilimandscharo, des Victoria- und Tanganyikasees leben. Fotografieren und Kino-Operieren ist Dr. M. Rittl, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Zeitschrift „M. N. Z.“, Konservator Walter Freitag vom Museum für Tier- und Völkertunde in Dresden. Die Expedition, der Aufträge des Deutschen Hygienemuseums, des Museums für Tier- und Völkertunde und des Zoologischen Gartens in Dresden übertragen wurden, wird unterstützt durch den Reichsbund deutscher Städte in Berlin und einige Industriefirmen.

Begnadigung des Döbener Doppelmörders.

Freiberg, 30. November. Der Schlosser Dembel aus Döbelen, der im vorigen Jahr seine beiden unehelichen Kinder in die Mulde geworfen hatte und deswegen vom Schwurgericht Freiberg wegen Mordes zweimal zum Tode verurteilt wurde, ist vom Gesamtministerium zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden. Er wurde heute dem Zuchthaus Waldheim zugeführt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Fritz Debus. Druck u. Verl. Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Aue.



WOLLGARNE

Strickwolle	Kammgarn, schwarz, braun, grau, 100 gr	0.65
Strickwolle	raues Kammgarn, in vielen Farben, 100 gr	0.75
Strickwolle	1a. Kammgarn, grau, braun, schwarz, 100gr	0.85
Strickwolle	1a. Kammgarn, grau, braun, schwarz, 100gr	1.15
Schweißwolle	nichtfilzend, grau u. schwarz, 100 gr	1.35
Kamelhaargarn	prima Qualität, 100 Gr.-Lage	1.45
Jumperwolle	moderne Farben, 100 Gramm-Lage	0.85
Jumperwolle	2 und 4 fach, viele Farben, 100 gr	1.25
Zellstrickwolle	viel Farben, 5 Gr.-Knäuel	0.10

KAUFHAUS SCHOCKEN

Apollo-Lichtspiele

Aue, Bahnhofstraße.

Donnerstag bis Sonntag:
Frohsinn, Walzer und Liebe ist die Losung
In unserem neuesten Film:

Das süße Mädel

6 Akte nach der gleichnamigen Operette von
A. Landesberg und Leo Stein.

Ein helteres Spiel aus dem goldigen
Wien . . . beim Heurigen u. schönen
Frauen — in Orinzing unter lustigen
Menschen — vom Prater als Ehefister.

Die große deutsche Besetzung:

Imogen Robertson

als Volksängerin im Wiener Prater.
Nils Aather — Hanni Reinwald —
Mary Parker — Paul Heidemann —
Leo Hard — Henry Bender u. a.



Als zweiter Schlager:

Finale der Liebe

Kriminal-Gesellschaftsroman in 6 Akten.

In den Hauptrollen:

Lucy Doraine — Lia Eibenschütz — Leopold v. Ledebour — Albert Paullig.

Deullg-Woche Aktueller Wochenbericht.

Trotz bedeutend erhöhter Unkosten — einfache Preise.

Täglich 2 Vorstellungen. — Beginn 6 und 1/2 Uhr. Sonntag 1/2—4 Uhr:
Jugendvorstellung m. besond. Beiprogramm. Ab 4 Uhr nur f. Erwachsene.

Sterblich gebe ich bekannt,
daß ich am 1. Dezember meine
Werkstatt für neuzeitliche

Lichtbildkunst

eröffne.

Hans Landgraf, Aue i. E. Reichsstr. 9.

Für geliebte Ausübung aller photographischen Arbeiten
empfehle ich mich.

Heim-Aufnahmen — Industrie-Aufnahmen — Klischee-Anfertigung.

Aufnahmezeit:

Wochentags von 11—4 Uhr Sonntags von 11—1 Uhr

Bitte Voranmeldung!

Weihnachtsaufträge
erbitte rechtzeitig!

Erzgebirgsverein Aue.

Die Mitglieder sind zum Besuche der vom
Stenographen-Verein Gabelberger veran-
stalteten Aufführung der Oper

Zar und Zimmermann

Sonntag, d. 5. Dezember, vorm. 11 Uhr
in Chemnitz

einzelnen. Abfahrt 8,2 Uhr (Sonntagsfahrkarte). Die Preise
der Plätze sind bis 30% ermäßigt. Eintrittskarten besorgt
Herr Kassier Augustin Stadtbau (Giro).

Der Vorstand, Schulz.



Matthes

Fisch eingetroffen:

Blutfische, Heringe, Schellfisch,
Rablian, Seelachs, Scholle,
Kotzunge, Rotbarsch, Merlan.

Paul Matthes, Fisch- u. Wildhandlg., Aue

Gesucht wird vom 14. bis 18. Dezember

Durchfahrt od. Zimmer

zum Verkauf von Waren.

Angebote unter N. T. 5238 an die Geschäftsstelle
des Auer Tageblattes erbeten.

Netze

von echtem Haar, in allen
Größen und Geben empfiehlt
Stern & Gauger
Aue u. Verdenfabrik, Aue
Bettnerstr. 46, am Wettinplatz

1a Eiderlettstühle

9 Pfund RM 8.— franko.
Dampffabrik
Rosenburg.

1 ganz. neues Herren-

stimmer in echter Eiche
best. aus: 1 Diplomat-
schreibstisch m. 3 Bögen,
1 Bücherschrank m. Glas,
1 Klavierschrank mit echter
Messingplatte, 1 Schreib-
tisch m. Einlegeholz ver-
kauft Verhältniß halber
für 220.— A. Angeb.
unter „Eichenerweiterer“
an die Geschäftsst. d. Bl.

Das echte Röstitzer Schwarzbier ist erhältlich bei
Oskar Röhrer, Bierhandlung, Mehnerstr. 6, D. Köpfer, Bier-
handlung, Wagnerstr. 4, Max Frisch, Bierhandlung, Goethe-
str. 9, Erdmann Lorenz, Bierhandlung, Reichstr. 22b, Tel. 765,
Walter Schmeidel, Flaschenbierhandlung, Mittelstr. 20,
und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Verlangen Sie überall ausdrücklich das echte Röstitzer
Schwarzbier mit dem gefälligst geschätzten Wappen-Etikett,
um vor Nachahmungen geschützt zu sein.

Rüppellack

mit Glanz u. Rüppeln
noch neu, wegen Plagiaten
billig zu verkaufen.
Su erst. im Auer Tageblatt.

Metallbetten

Stahlmattlagen, Kinderbetten,
günstig a. Private. Kat. 3051 fr.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Röstitzer Schwarzbier



Stillende Mütter

sollen als Kräftigungsmittel das überbährte
Röstitzer Schwarzbier trinken. Die
Milchabsonderung der stillenden Frau wird
dadurch für längere Zeit auf der Höhe er-
halten und steigert diese ganz beträchtlich.
Infolge seines herben, vollwürzigen Ge-
schmacks wird es im Gegensatz zu den süßen
Malzbieren auch auf die Dauer gern getrunken.



Seit 25 Jahren führen wir obige Qualitätsmarke in Teppichen, Brücken, Vorlagen,
Divan- und Tischdecken zur vollsten Zufriedenheit unserer Kundschaft. **Allerbeste
Qualität — billigster Preis** ist das Kennwort des Halbmond-Wollplüsch-Fabrikates.
Sichern Sie sich schon jetzt für Weihnachten Ihren Bedarf, denn die Auswahl ist jetzt noch am
größten. Wir stellen ausgesuchte Waren gern bis Weihnachten zurück. Auch unsere billigen Fabrikate
sind gute Qualität!

Bettvorlagen Jute von 75 Pfg. an
Brücken 62x125 Jute 7.50 RM „
Teppiche 175x230 Jute 19.50 „ „

Kaufhaus Otto Leistner, Aue



Der Original-Pirsch-Stiefel
Marke Panther, mit der un-
verwundlichen Crèpe-Gummi-
sohle ist zu haben in
Schädlich's Schuhwarenhaus
Markt 14 AUE Tel. 319

Achtung!
Händlern u. Hausierern
bietet sich gute Einkaufs-
Gelegenheit in

Wäsche aller Art

unter günstigen Bedingungen.
Angebote unter A. T. 5239
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Filzschuh- waren

für Herren, Damen und
Kinder
empfiehlt billigst
Helene Hahn,
Eisenbahnstraße 7.

Für RM 15.— Anzahlung
und 11 Monatsraten von RM 10.—
erhalten Sie nebenstehenden

Staubsauger Vampyr

Fabr. A. E. G.

Unverbindliche Vorführungen jederzeit bei
Ing. Ernst Lange, Aue i. Erzg.
Installationsbüro, Bahnhofstraße.



Viele schöne Weihnachts-Neuheiten

in Lederwaren, Geschenkartikeln etc. etc.
sind eingetroffen. Bitte, besichtigen Sie mein großes Lager. Sie finden bestimmt
ein passendes Weihnachtsgeschenk.

Spezialhaus Camillo Gebhardt, Aue
Bahnhofstraße, Ecke Reichstraße.



1/2 Pfd.
50 Pf.

Bestellungen
und für Aus-
gegeben. —
gersprech
Eleganter
Nr.
B
Nach
eine einm
von Reich
begann die
ministerlur
lation über
in Watter
Oberprüf
Der K
Wegrändu
rungen der
autorität
man mit d
autorität t
Reichs
teblung
gegriffenen
Hauptgeg
bezeichnet
habe ich m
störung in
wort vorli
antworten.
Unwillen d
neuminst
ten Wünte
unter seine
WBg.
Wülich den
tafächlich b
dann sei d
beweise nur
fungsbestim
Reich und
Am E
zu einem t
demokratis
dem Reichs
WBg. S
ben Reichs
Karen Wef
Württembe
ausgewöh
Landel
Reichsinne
heute pred
Wülfster u
Hilm-Oberp
wenn die O
Land nicht
Berlin
Kreitag ab
Gens abfah
französische
Paris
vorsichtig geh
scheint sich in
einem Gefäß
bereiten, der
Wenfer Wölfe
enge bezieht.
Die Anzeichen
hinichtlich de
Der Qua
Stressempfang
bisherigen W
Kleinahme a
Schamberlain,
Zeit Parliam
nicht noch be
es heute, den
Von vorhere
Zusammenf
dann doch gl
nur an Wülf
Gens' erfolgte
Strefemanns
G8 Tage ja a